

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

9 (11.1.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-553594](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-553594)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einisch. Frangiergeld 75 Pfg., bei Zeitabnahme 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Beilage. — In der Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Petterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nachschuß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Sonntagsbeilage. — Inserate die fünfgepaltenen Anzeigen oder deren Raum für die Inserenten in Münster-Wilhelmshaven u. Umgebung, sowie der hiesigen auswärtigen Anzeigen 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechend herab. Kühlen Anzeigen aus kleineren als der Gewandtheit gefast werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Kleinanzeigen 50 Pfg.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Petterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nachschuß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale in Heppens: Almenstraße 24. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang. Bant, Mittwoch den 11. Januar 1911. Nr. 9.

Ueber Thema darf nicht geredet werden.

Als einst unter der Herrschaft des alten sächsischen Vereinsgesetzes, des sogenannten sächsischen Gesetzes, der Leiter einer sozialdemokratischen Versammlung in seiner Eröffnungsrede zu den Worten kam: „Der Redner wird sprechen über das Thema...“, da unterbrach ihn der überwachende Vertreter der Präsidenten Staatsmacht mit dem kategorischen Einbruch: „Ueber Thema darf nicht geredet werden.“ Der Name des Redners, dem der politische Spruchschlag des deutschen Volkes diese Berechtigung verdankt, ist leider vergessen, aber sein Wort hat fälschlich bekommen und lebt im Volksmunde fort als der hinfällige Ausdruck jener blinden Polizeigewalt, deren höchster Schluß heißt Unterdrücken und Verbot.

Es ist schon gemeldet worden, daß der Emmentonkonvent, der Rat der Vertriebenen des preussischen Abgeordnetenhauses, mit der Frage beschäftigt werden soll, auf welche Weise man das Wiedererleben der Wahlrechtsdebatten in der preussischen Landtage verhindern könnte. Der bloße Gedanke, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diesen heißen Punkt in ihren Reden berühren könnten, macht diese Leute schon so nervös, daß sie die Röhre zusammenfassen und einander befragen: „Was tun?“ Zwar hat man sich im Vorjahr eine regelrechte Hausrechtsordnung geschaffen, und die Teilnehmenden vom Präsidium zur nächsten Polizeiwache in Stand gesetzt. Aber schließlich kann man doch nicht gleich den Leinwand Felle und zehn Mann bedrücken, die Stämme zu räumen — wie wohl der polizeirechtliche Ausdruck lautet — wenn sich ein Abgeordneter erdreistet, an eine gelegentliche Aufgabe zu erinnern, die in einer „Mischschicht Thronrede“ aus „Mischschicht Munde“ als „eine der wichtigsten der Gegenwart“ bezeichnet worden ist. Darum ist die Verlegenheit tiefenreich, und die Blamage, mit der diese neuere Unterdrückungsaktion endet wird, wird jedenfalls noch viel größer sein.

Wie der preussische Landtag so hat aber auch die preussische Justiz ihre schamhafte Stelle, deren Enttöpfung sie fürchtet, gegen deren Verletzung sie sich heilig wehrt. Im Berliner Gerichtssaal, in dem der erste Moabit-Prozess sich dem Ende nähert, läßt die Erwähnung der Ordensauszeichnung, die über die polizeilichen Ordnungsgelichter und Schwärzungen verhängt worden sind, allemal verblüffende Wirkungen aus. Raum ist das Unglückswort gefallen, da rufen sich die Wachen der Richter, ihre Hände sträuben sich, und der Gerichtshof zieht sich zurück, um über den vorwärtigen Anwalt eine Ungeheuerlichkeit zu verhängen oder ihn überhaupt das Wort zu verbieten.

Am Sonnabend glaubte der Gerichtshof die Bluffsche auf den Uniformen der Schutze, die kein Orden verleiht, mit einem Hundertmarktschein bedrücken zu können, zu dessen Erlangung der Rechtsanwalt Rosenfeld verurteilt wurde. Und am Montag glaubte man die ganze Ordensgeschichte aus der Welt schaffen zu können, indem man dem Rechtsanwalt dafür Cohen durch Gerichtsbescheid verbot, sie überhaupt auch nur zu erwähnen.

Die Richter, die diesen Beschluß faßten, bedachten dabei sicher nicht, daß ihr Verfahren nach außen hin als die schärfste Kritik der Ordensaffäre wirken muß, die sich überhaupt denken läßt. Denn wie immer die Richter ihren Beschluß strafprozessual begründen wollen, es wird nicht gelingen, nach außen hin den Eindruck zu verwischen, daß sie selbst diese Affäre als ein sehr dunkles Kapitel betrachten, dessen Erklärung ihnen unheimlich, ja geradezu peinlich ist. Wenn in der Öffentlichkeit des Gerichtssaals über diese Angelegenheit, die doch mit dem Verhandlungsgegenstand aufs Engste zusammenhängt, nicht gesprochen werden darf, dann muß eben an ihr etwas sein, was die öffentliche Erklärung nicht verträgt. Es scheinen auch die Richter insgeheim zu fühlen, was die übrige Welt offen ausspricht, daß hier ein Skandal vorliegt, der einfach nicht mehr zu ertragen ist.

Es muß immer und immer wieder gesagt werden: Wenn auch an den Behauptungen der Verteidiger und ihrer fünfshundert Zeugen gar nichts wahr wäre, auch dann bliebe die demonstrative Ordensverleihung an die Zeugen der Staatsanwaltschaft vor Verlesung des Urteils ein nicht zu entzweigender Eingriff in die sogenannte „Unabhängigkeit der Rechtspflege“. Es bliebe trotzdem ein ungeheurer Skandal, daß dem Urteil der Richter vorgegriffen wird durch die Parteimänner der höchsten Verwaltungsbehörden, daß Zeugen, die in ihrer Glaubwürdigkeit schwer angegriffen sind, glaubwürdiger gemacht werden sollen durch die schleunige Verleihung staatlicher Auszeichnungen. Selbst wer, als allen greifbaren Tatsachen verfliehend, auf dem selbst vom Staatsanwalt aufgegebenen Standpunkt beharrt, die Polizei hätte in Moabit „nur ihre Pflicht getan“, wird daher die

Ordensverleihung an die Polizisten auf das Schwerste mihilligen müssen.

Begreiflich bleibt es daher auf alle Fälle, daß die Richter nervös werden, wenn dieses dunkle Kapitel angeklärt wird und daß sie ihre strafprozessualen Machtmittel bis aufs Äußerste anstrengen, um die ihnen unerträgliche Erklärung der Standalösen Angelegenheit zu unterdrücken. Klug ist aber diese Haltung nicht, sie ist so wenig klug wie irgend eine Unterdrückungspolitik, so wenig klug wie die Unterdrückungspolitik der preussischen Senatoren, die da glauben, sie schaffen die preussische Wahlrechtsfrage aus der Welt, indem sie die Abgeordneten nach Kräften hindern, von ihr zu reden. Mit der alten Polizeigewalt, über „Thema“ dürfte nicht geredet werden, wird man nicht weiter kommen, es wird über „Thema“ aber doch geredet, und wenn darüber gewisse Leute nervös zu werden beginnen, dann wird eben nur noch mehr davon gesprochen werden, denn diese Nervosität verrät uns die kranken Stellen des kranken Systems. Ja, gelänge es selbst, Rechtsanwälten und Abgeordneten den Mund zu verbieten, so gibt es noch Versammlungen, gibt es noch eine Presse, und wenn andere schweigen müssen, wird es von diesen Stellen nur noch lauter ins Land gerufen werden, daß das preussische Schöln- und Radelregiment seinen Höhepunkt überschritten hat, und daß seine Fahrt nun talwärts geht, steil bergab!

Politische Rundschau.

Bant, 10. Januar.

Gegen das reichsländische „Gesetz“.

Am Sonntag fanden in allen großen Städten und in zahlreichen kleineren Orten Gäßchen-Vorlesungen große Demonstrationen gegen die Verfassung- und Wahlrechtsentwürfe der Regierung statt.

In Trauburg sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Böhle in der hiesigen Markthalle vor über 3000 Personen. Andere 3000 fanden seinen Eintritt und bewegten sich in den angrenzenden Straßen. Die Kritik des Redners an den reaktionären Gesetzesentwürfen der Regierung fand hiesigen Beifall bei der Versammlung, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzte. In die Versammlung schloß sich ein Demonstrationsschwarm durch die Straßen der Stadt. Es beteiligten sich daran 5 bis 6000 Personen. An der Spitze des Zuges ging eine Trompetenabteilung des Arbeiterturnvereins, in der Mitte spielte der Arbeiter-Musikverein den Sozialistenmarsch und Marschweisen aus der französischen Revolution.

Die Beteiligung an der Kundgebung in Mülhausen hat selbst die Optimisten in untrüben Reihen überascht: An der Sonntag um 1/11 Uhr vormittags in der neuen Markthalle abgehaltenen Versammlung nahmen, wie die an den beiden Eingängen geleitete Kontrolle ergab, etwa 7000 Personen teil, und die Beteiligung an dem nachfolgenden Strahenung war so stark, daß die Verengung der Demonstration auf der Lieberodeung des Jil-Hochwasserkanals, wo die Arbeitermühen zum Zeichen der Aufkündigung noch einmal den Sozialistenmarsch spielte, mehr als 20000 Personen mitwirkten. — In der Versammlung in der Markthalle, die durch 160 Arbeiterführer mit der „Internationale“ eröffnet wurde, sprachen die Genossen Reichstagsabgeordneter Emmel und Reichstagsabgeordneter Morfy und als Redner der bürgerlichen Demokratie der praktische Arzt Dr. Elias, der das vorgeschlagene Alterswahlrecht vom Standpunkte der ärztlichen Wissenschaft aus als gemeinlichlich verurteilte. Die Forderung der republikanischen Staatsform wurde von ihm in lebendiger Zustimmung mit den sozialdemokratischen Rednern stark betont.

In Thann, wo die Versammlung auf freiem Plage stattfand, beteiligten sich 800 Personen, für das kleine Kreisstädtchen eine überragende Zahl.

In Kolmar sprach Genosse Peirotes auf dem Rapp-Platz unter freiem Himmel vor 3 bis 4000 Personen, die zum großen Teil aus den umliegenden Dörfern herbeigekommen waren. Am dem Zug, der sich der Versammlung anschloß, beteiligten sich etwa 1000 Personen.

In Metz fand eine überfüllte Versammlung in der großen hiesigen Turnhalle statt, in der Genosse Dr. Weill referierte.

Außerdem fanden überaus gut besuchte Versammlungen in einer Reihe von kleineren Städten, so in Saargemünd, Hartz, Schiltigheim, Merlenbach usw. statt. Einstimmig wurde in allen Versammlungen die Resolution angenommen, die mit großer Enthusiasmus gegen die Verfassung- und Wahlrechtsentwürfe der Regierung protestiert.

Die Moabiter vor dem Landgericht.

In der Montagmorgen führte Rechtsanwalt Rosenfeld in seinem Waldoyers aus, der Oah der Arbeiter gegen die Polizei beruht vor allem darauf, daß die Arbeiter die Polizei stets auf der Seite ihrer Gegner finden. Der Staatsanwalt lege ja besonderen Wert darauf, daß viele Organisierte sich an den Ausschreitungen beteiligten hätten. Aber das liege im Gegenlag zu der Erfahrung, daß gerade solche Strafs, die ohne gewerkschaftliche Mitwirkung geführt werden, von Gewalttaten begleitet seien. Den Angeklagten mußte das Vorgehen der Schutzeleute zugute gehalten werden, die Schutzeleute hätten die Moabiter Bevölkerung wie die Einwohner eines Herero-Dorfes behandelt. Der Verteidiger bittet, die Angeklagten freizusprechen, oder ihre Strafe durch die Unterdrückungshof als verbüßt zu erachten.

Rechtsanwalt Liebflecht ergreift das Wort für den Angeklagten Witz, der lediglich deswegen schuldig sein soll, weil der Zeuge Welschmidt ein Ehrenmann sei. Der Staatsanwalt wolle die geschwollene Lippe des Welschmidt mit der Strafe von 1 1/2 Jahr Gefängnis für Witz fähnen. Was für eine Strafe müßte er dann gegen die Schutzeleute und die Kriminalbeamten beantragen, die gegen ruhige Bürger in der niederrichtlichen Weise vorgegangen seien. — Den Schutzeleuten werde an die Moabiter Vorgänge wohl keine andere Erinnerung bleiben, als der Dank des Herrn v. Jagow. Der Vorlesende erklärt, der Dank des Herrn v. Jagow gehöre nicht in den Gerichtssaal. Eingehend beleuchtet dann der Verteidiger die Unglaubwürdigkeit des Zeugen Welschmidt, die die Freisprechung des Angeklagten Witz bedinge.

Rechtsanwalt Bohn bittet dann für den Angeklagten Bod um Freisprechung, weil die Schutzeleute, die ihn festnahmen, nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gehandelt hätten. Zwar habe er einen Schutzmänn mit dem Messer schwer verletzt, aber er habe in putativer (eingebildeter) Notwehr gehandelt, wie der freigesprochene Jähnlich Welsch, wolle man ihn demnach verurteilen, so dürfte die Strafe nur sehr gering sein.

Am Nachmittag hielt Rechtsanwalt Dr. Cohn ein zweistündiges Waldoyers, worin er einen allgemeinen Rückblick auf die historische Entwicklung der Polizei warf und zu dem Schluß kam, daß das polizeiliche System seit zwei Jahrhunderten sich nicht geändert habe. Wie vor 200 Jahren, so betrachte auch heute die Polizei die Staatsbürger als Untertanen, denen gegenüber Liebesgriffe jeder Art erlaubt seien. Weiter unterzog der Verteidiger das Verbotswesen der Polizei einer scharfen Kritik, wobei er freilich von den Vorlesenden wiederholt unterbrochen wurde, weil das nicht zur Sache gehöre. Der Hauptteil seiner Ausführungen war einer kritischen Unterfuchung der Glaubwürdigkeit der Aussagen von Polizeibeamten gewidmet, einer Unterfuchung, die sehr ungünstig für die Beamten ausfiel. Als er hierbei auf darauf zu sprechen kam, wie die Verteilung von Orden während des Prozesses auf die Zeugen auslagen einwirken müsse, führte der Vorlesende Landgerichtsdirektor Lieber einen Beschluß des Gerichts herbei; das Gericht erklärte solche Erörterungen für unstatthaft. Es war also den Verteidigern nicht möglich, nachzuweisen, daß gerade die Beamten, die rückhaltlos die Wahrheit gesagt haben, beim Ordenslegen übergegangen sind.

Als letzter Verteidiger kam der konservativ-antidemokratische Rechtsanwalt Ulrich zu Worte, der einen jugendlichen Angeklagten zu verteidigen hatte. Sein Waldoyers gipfelte in scharfen Angriffen auf die Sozialdemokratie, die die Jugend verführe und in einer Art unfeier heutigen Fortbildungsschulen, die den jungen Leuten keine Achtung vor der Obrigkeit einflöße und sie nicht in religiösem Sinne erziehe.

Am Dienstag wird der Erste Staatsanwalt Steinbrecht auf die Reden der Verteidiger erwidern. Voraussichtlich wird dann der Prozeß zu Ende sein.

Moabit vor dem Schwurgericht.

Am Montag nahm die Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen 18 Angeklagte ihren Anfang. Der Vorlesende glaubt, daß der Prozeß in drei Wochen zu Ende führen kann. Der Angeklagte Trau, ein Osterreicher, kann weder lesen noch schreiben. Er gibt zu, daß er Steine in der Tasche hatte, will aber diese Steine eingestuft haben, ohne sich etwas dabei zu denken. Außerdem behauptet er, während des ganzen Vorganges betrunken gewesen zu sein. Daß er sich den Beamten widerlegt habe, stellt er in Abrede. Die Angeklagten Janke und Borowial bestritten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte Bruhn soll als Streikposten einen Arbeitswilligen mit einem Stein geworfen haben. Er erklärte, daß ihm der Stein im Scherz in die Hand gedrückt worden sei, und er habe den Stein nur fortwerfen wollen, keineswegs aber die Absicht

gehört, damit jemand zu treffen. Auch der Angeklagte Schadofsky stellt in Worte, mit Steinen nach einem Korbwagen geworfen zu haben. Ebenso verhält sich auch der Angeklagte Bonnet dagegen, daß er sich irgendwie schuldig gemacht habe. Dem Angeklagten Pfister wird von der Anklage vorgeworfen, daß er die Menge angeordnet habe, die Polizei zu schlagen. Er bestreitet dies und behauptet, daß er von der Polizei sofort gepöbelt, nach der Wache geschleift und dort furchtbar mißhandelt worden sei.

Der Angeklagte Joffa ist zufällig in die Menge geraten und gibt zu, einen Stein geworfen zu haben, ohne daß er damit aber ein bestimmtes Ziel im Auge gehabt hätte. Angeklagter Solowski hat mit einem Stein geworfen und behauptet, daß er dies in der Erregung über das Vorgehen der Schutzmänner getan habe. Auch der Angeklagte Lufsch gibt an, daß er lediglich aus Ärger über das Vorgehen der Polizei und weil er selbst aus geschlagen worden war, mit einem Stein geworfen habe. Angeklagter Gelski wurde durch einen Schuß in den Leib schwer verletzt. Er sollte verhaftet werden und soll dabei Widerstand geleistet haben. Weiteres stellte Angeklagter entschieden in Abrede. Angeklagter A. Adamski bestreitet entschieden, überhaupt einen Stein in der Hand gehabt zu haben. Derselbe Erklärung gibt für sich auch sein mitangeklagter Bruder A. Adamski ab.

Die weitere Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Januar. Dem jetzt zusammentretenden Landtage wird wahrscheinlich auch eine Gesetzesvorlage über die Bekämpfung der Serien- und Prämiengeldgeschäften vorgelegt werden. Veranlassung zur Einbringung einer solchen Vorlage ist die Beobachtung, daß in wachsender Zahl Personen sich mit der Bildung von Spielervereinigungen zum Zwecke des gemeinsamen Spielens von Serien- und Prämiengeld in einer Form befassen, die eine erhebliche Schädigung des Publikums zur Folge hat. Es werden zu diesem Zweck Vereinigungen von Personen für die Dauer eines Jahres gebildet, für welche die Veranstalter eine Anzahl von Anzahlscheinen mit Prämien ansetzen. Entfällt auf ein Papier eine Prämie, so erhält jeder Spieler einen dem Maß seiner Beteiligung entsprechenden Teilbetrag der Prämie von dem Unternehmer ausgezahlt. Dabei betragen die monatlichen Beiträge, welche die Spieler zu entrichten haben, ungefähr das Dreifache des Kaufpreises der Lose. Hier liegt also eine erhebliche Übervorteilung des Publikums.

Die Reichsverbandshöhe gegen die Krankenkassen. In der berichtigten Reichsverbandshöhe des Dr. Müller wird u. a. von dem Vorstand des Dresdner Ortskrankenkasse behauptet, „bei Einführung des Tarifs in Dresden sei auf 40 (sozialdemokratische) Außenbeamte die Hälfte der ganzen zur Gehaltsaufbesserung verwandten Summe gekommen, während der Rest sich auf die fünfmal so große Zahl von Bureaubeamten verteilte.“ Das ist absoluter Schwund. Die Außenbeamten erhielten durchschnittlich 83,28 M., die Innenbeamten 88,18 M. Zulage. 32 Außenbeamte erhielten zusammen 2668 M., 157 Innenbeamte zusammen 13844 M. Zulage. Mit der Reduktion schneidet demnach Müllers Gesundheitsmann bedeutend auf dem Kriegsfuß zu stehen.

Auf Seite 375 des Müller-Machwerks wird behauptet, der Sekretär Dering, der Untersuchungen beging, sei „ein Verhänger des sozialdemokratischen Klassenkampfes“ gewesen. D. gehörte zu den nationalen Beamten und stand dem Vorstande ebensowenig wie andere näher. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß bei der Ortskrankenkasse Dresden Untersuchungen und kriminelle Verfehlungen nur von sog. nationalen Beamten begangen wurden, niemals von solchen, die dem Bureaubeamtenverband angehörten oder als Sozialdemokraten bekannt waren.

Daß die Erhöhung des Arzthonorars über 3000 M. nur bei Ärzten erfolgt, die beim Krankenstand „beliebig“ sind, ist eine glatte Lüge. Der beste Beweis dafür ist, daß der bekannte Dr. Baron, der die Ortskrankenkasse Dresden besonders in der letzten Zeit, aber auch während der ganzen Zeit seiner Anstellung durch Wort und Schrift belästigte, selbst mehr als 3000 M. an Honorar erhielt.

Wenn die Reichsverbänder dem Vorstehenden der Dresdner Ortskrankenkasse, Gen. Fräsdorf, ein Einkommen von 12—15000 M. anbieten, so ist eine Widerlegung eigentlich überflüssig. Als Vorstehender der Kasse bezieht Fräsdorf 15000 M. Entschädigung, was für die intensive Arbeit, die bei einer Kasse von nahezu 120 000 Mitglieder geleistet werden muß, eher zu wenig als zu viel ist.

Daß im Dresdner Stadtverordnetenkollegium von den Reichsverbändern nahegelegener Orte behauptet worden ist, die Beamten würden von Vorstandsmitgliedern zum Eintritt in eine freie Gewerkschaft gezwungen, ist zwar Tatsache. Aber diese Denunziation beruht auf blauer Unwahrheit, wie von den Aufsichtsbehörden ausdrücklich anerkannt worden ist.

Daß in der Broschüre die Aufforderung des Vorstehenden Fräsdorf zur Unterlassung jeder Agitation in der Kasse als nur zum Schein abgegeben bezeichnet wird, entspricht der perfiden Art dieser — „Wahrheitsfäulnis“.

Ebenso unnahe ist es, daß sich Fräsdorf auf der Hauptversammlung der Ortskrankenkassen in Reichen gegen die ortsgelöbliche Verhinderung der Gemeinderäte ausgesprochen hat. Er hat nur darauf hingewiesen, daß die Betriebskrankenkassen die schlechtesten Willen in solchem Falle den Ortskrankenkassen aufweisen würden, weshalb eine Zentralisation der Ortskrankenkassen erfolgen müsse, um das Risiko gleichmäßig verteilen zu können.

Das ist nur eine kleine Muskelei der perfiden Unrichtigkeiten, wegen deren der Vorstand einstimmig beschloffen hat, den Verfasser zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Kampfschere und bürgerliche Presse. Der Verein deutscher Zeitungsvorleger hat einen gebührendsten Protest gegen die Kampfschere vorlage an den Reichstag gerichtet. Die Befürworter der bürgerlichen Presse interessieren an dem ganzen Geschehe in der Hauptstadt natürlich nur jene Be-

stimmungen, die geeignet erscheinen, ihnen das Interatengeschäft zu verderben. Deshalb wandten sie sich auch mit aller Schärfe dagegen, daß der Redakteur einer Zeitung für den Inhalt der Interate verantwortlich gemacht werden solle.

Haus-Flennige. Ein Aufruf des Schuhverbandes der Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft und verwandter Gewerbe fordert die Mitglieder auf, für jeden Doppeltaximeter der im letzten Geschäftsjahre in dem betreffenden Betriebe verbrauchten Maßmenge mindestens einen Pfennig für den Handabund-Abhandels zu spenden. Den eblen Gehern wird versprochen, die ausgeschütteten Mittel sollten „zunächst für die Unterstützung von Kandidaten rezeruiert bleiben, die dem Brauereigewerbe angehören“.

Reichsländlicher Germanisierungseifer. In Reiz hatte die Sportvereinigungen Lorraine sportive für Sonntag ein Konzert angelegt, das aber von der Polizei wegen einer Programmnummer nicht genehmigt wurde. Als der Witz darauf die Hergabe des Konzerts als verweigerte, sollen die Vereinstennehmer die Aufführung durch „Ermnung“ des Saales erzwingen haben. Die Polizei räumte das Lokal, worauf sich auf der Straße ein Demonstrationzug von etwa 1000 Teilnehmern bildete. Am Markhall Reizental wurde eine Rede gehalten, ferner wurde die Maskallale geungen und außerdem hörte man auch Hochrufe auf Frankreich. Die Schutzmänner wollten die Demonstration „zerstören“, die angeblich eine so drohende Haltung annahm, daß die Hauptwache alarmiert werden mußte. Sie rückte mit aufgespanntem Seitengewehr aus, die Polizei zog blank und ließ auf die Menge ein. Acht Personen wurden verletzt, von den Verhaftungen wurden aber nur zwei aufreht erhalten.

Deutscher Heimarbeitertag. Die Geschäftsstelle des deutschen Heimarbeitertages teilt mit, daß wegen des großen Andranges zu der Tagung Galtstätten nicht mehr ausgegeben werden können. Es würden mehrere hundert Heimarbeiter aus allen Randteilen erwartet, außerdem seien viele Vertreter von Behörden und Körperschaften zu erwarten.

Belgien.

Der Streik der Kohlenräuber. Die Zahl der streikenden Kohlenräuber beträgt jetzt 23 000, da die Kohlenarbeiter der oberhalb Ertichte liegenden Minen von Herde am Montag in den Generalausstand getreten sind. Die Streikleitung hatte für Sonntag jede Manifestation unteragt, um Ausschreitungen des Pöbels zu verhindern. Für Donnerstag ist eine Kundendemonstration vorbereitet, da die Gesellschaft des Streikenden und den Privatleuten die Lieferung von Kohlen verweigert. So herrscht in Tausenden kleinen Haushalten schon jetzt Mangel an Holz- und Rohmaterial, dabei leiden die Leute unter starkem Frost.

Frankreich.

Am die Revision des Durand-Prozesses. Am Sonnabend sind in Paris sechs Versammlungen abgehalten worden, welche die Revision des Prozesses Durands forderten. Die wichtigste war die der Buchdrucker- und Lithographenverbände. In ihr wurde eine Tagesordnung angenommen, die den Generalstreik als das einzige Mittel bezeichnet, um Durands Befreiung zu erlangen und den sozialistischen Freiheiten Achtung zu verschaffen. Der Fall Durand und Munieros Antrag auf Revision werden auch den Ministerrat beschäftigen.

Die Eisenbahner und das Streikrecht. In Reims tagte in der vorigen Woche der Kongreß der Eisenbahnervereinigungen der Elbsahe. Er schloß am Sonnabend keine Beratungen damit, daß er einen Antrag annahm, welcher sich gegen die von der Regierung geplante Gesetzesvorlage bezüglich Schaffung eines Schiedsgerichts zur Beilegung von Differenzen zwischen den Direktoren der Eisenbahnen und den Angestellten wandte. In einer mit der Ablehnung der Vorlage in Verbindung stehenden Resolution heißt es, die Eisenbahner könnten auf das Streikrecht nicht verzichten.

Vertreibung eines Invaliden aus der Kaserne. Der sozialistische Abgeordnete Bouveri hat dem Kriegsminister angezeigt, daß er ihn über die gewalttätige Vertreibung des im Dienst verwundeten Soldaten Alilot aus der Kaserne des 29. Infanterieregiments interpellieren werde. Der Soldat Alilot soll sich geweigert haben, seine Pension den Dienst zu verlassen und darauf von dem Feldwebel und Gendarmen hinausgeworfen worden sein.

Spanien.

Über das Attentat gegen den König Alfons sind bestimmte Nachrichten noch nicht eingetroffen. Nach einer Mitteilung aus Madrid ist ein Attentat unwahrscheinlich, dagegen soll der Eisenbahzug, in welchem Alfons fuhr, in der Nähe von Malaga entgleist sein. Es sollen dabei nur einige Verletzungen vorgekommen sein.

König Alfons ist übrigens mit heller Haut nach Melilla gekommen. Geachtet von 10 000 Soldaten, hat er dort die Huldigung der Abgelandten der unterjochten Kolonialstämme entgegengenommen.

Marokko.

Europäische Sitten. Aus Casablanca wird gemeldet, daß über die Beseitigung der Schutzbefehlungen der europäischen Mächte Unregelmäßigkeiten entstanden seien. Die deutschen Streik, die sich um das Konfessions der Brüder Mannesmann scharen, erklären, daran festhalten zu wollen, daß ihre Schutzbefehlungen, worunter sich angeblich die reichsten der marokkanischen Arbeiter befinden sollten, freier bleiben, während gerade die ärmeren Schichten Marokkos von Steuern belastet würden. Ebenso erklärte der spanische Konful, daß seine Schutzbefehlungen keine Steuern zu zahlen hätten. Der deutsche Konful in Casablanca soll dagegen anderer Meinung sein als die Brüder Mannesmann und ihr Anhang. — Die Ansicht der laubenden Brüder Mannesmann und des spanischen Konfuls, daß die reichen Leute keine Steuern bezahlen sollen, sondern nur die armen, entspricht europäischen Sitten. Wenn sie in diesem Sinne für

die reichen marokkanischen Grundbesitzer plaidieren, so werden sie ihre gut materiellen Gründe oder ihren großen Nutzen davon haben. Je größer die Geld- und Steuernot des Sultans von Marokko ist, desto besser blüht der Weizen der europäischen Kapitalisten und Abenteurer. Durch eine Weidung aus Tanger wird das sofort illustriert. Derselbe lautet, daß der Sultans in Paris, El Motri, dort wegen einer neuen marokkanischen Anleihe im Betrage von 40 Millionen Francs unterhandelt, die zum Teil für die Arme, zum Teil zur Bezahlung alter Schulden verwendet werden soll. Als Garantien sollen neue Steuern eingerichtet werden.

Kleine politische Nachrichten. Die Fortschrittliche Volkspartei hat in Casablanca den Grafen Hohenbreich, den ehemaligen Justizminister, zum Reichstagskandidaten erwählt. — Die portugiesische Regierung will drei königliche Yachten und 4 alte Kriegsschiffe verkaufen und dafür neue Kriegsschiffe von England anwerben. — Im Häfen von Monaco ist am Sonntag die Verfassung festlich verändert worden und in Kraft getreten. — Der Polizeimeister von Jarkoje-Sele, dem Vorkontrolliert des Jaren, General Vloshom, ist plötzlich gestorben, wie man annimmt an Gift. Die Ursache des Selbstmordes sei die Entlassung mehrerer einschlägiger Beamten. — Die türkische Regierung will 10 000 Kilometer Kanäle bauen. Das Geld dazu will sie in Warschau vom Bankhaus Rosier anleihen.

Parteinachrichten.

Genosin Emma Ihrer gestorben. Am Sonntag vor-mittag starb nach mehrwöchigem schweren Krankenlager Emma Ihrer im Alter von 54 Jahren. Genosin Ihrer stand in den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung mit in den ersten Reihen derer, die in Wort und Schrift unabhängig für die Befreiung und Organisation des weiblichen Proletariats tätig waren. Ungezählte Versammlungen hat sie in allen Teilen Deutschlands abgehalten und ihre Schrift „Die Arbeiterin im Kampfe“ fand weiteste Verbreitung. In den letzten Jahren war sie Vorsitzende des Verbandes der Blumen-, Wälder- und Federarbeiter und Arbeiterinnen, als dessen Vertreterin sie noch am Kopenhagener Internationalen Kongreß teilnahm.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter in Halle im Konflikt. Wegen Entlassung mehrerer Arbeiter traten 200 Dreher und Maschinen-schleifer der Pumpen- und Maschinenfabrik Weize u. Konfi in Aufrüst.

Soziales.

Bant, 10. Januar.

Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf und die Werksarbeiter.

Am Montagabend nach Schluß der Arbeitszeit fand im Itzoli zu Heppens eine allgemeine öffentliche Werksarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Arbeits-kammer-Gesetzentwurf und die Arbeiter in der Rechtsmarne-betrieb“. Referent war Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Herr W. Gottlieb aus Hamburg.

Der Referent ging zunächst auf die Wünsche des Gesetzentwurfs ein und bemerkt dann, daß der Entwurf nicht den Erwartungen der Arbeiterklasse und den Forderungen des Adner Gewerkschaftskongresses entspricht, der genau dieselben Rechte für die Arbeiter forderte, wie sie den anderen Berufsständen bereits gewährt sind in den Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Die Arbeiter müssen Arbeiterkammern haben, in welchen sie ihre Forderungen und Wünsche äußern können. Man wagt den Arbeitern aber dieses Recht nicht zu geben und spricht von „gleichen Interessen der Arbeiter und der Unternehmer“. Es handelt sich bei den Arbeitskammergesetz nicht bloß um die Arbeitsverhältnisse, sondern um große soziale Fragen. Wir haben ein großes Interesse an der Schaffung eines einheitlichen Gesetzes, nicht aber sollen die staatlichen Arbeiter davon ausgeschlossen werden. Fragt man einen Arbeiter der Staatswerft, wie die Behandlung ist, so erhält man durchschnittlich die Antwort: „Streng militärisch!“, d. h. Widerspruch wird nicht geduldet. Das liegt in dem ganzen System.

Die Gegner der Arbeitskammern sagen, daß man bei anderen Gesetzen mit den Arbeitern „schlechte Erfahrungen gemacht habe, und sie weisen dabei auf das Krankenlagengesetz hin. In Wirklichkeit sind aber die Krankenlagengesetze durch die Mitarbeit der Arbeiter erst in Kraft gekommen, und da wagt man diese Begründung! Ferner wird auf den Terrorismus in den eigenen Organisationen hingewiesen. Wo wird aber solcher in Wirklichkeit getrieben? Bei den letzten Reichstagswahlen haben die Konföderationen gegenüber den liberalen Parteien den schlimmsten Terrorismus getrieben!

Bei der Stellungnahme der Werksarbeiter zu diesem Gesetzentwurf kommen in Betracht der § 7, welcher besagt, daß die Arbeiter der Eisenbahn- und Fabrikbetriebe nicht gewerbliche Arbeiter sind. Diese sollen also von den Satzungen ausgeschlossen sein. Viele Abgeordnete wollten es aber mit ihren Wählern nicht verderben und forderten daher die Beilegung dieses § 7. § 43 besagt, daß das Gesetz auf die Betriebe der Marineverwaltung keine Anwendung haben soll! Es ist also in einem Staate zweierlei Recht geschaffen. In jedem Frühjahr werden Leute auf der Reichswerft bis zum Frühjahr eingeteilt, die die gleiche Arbeit machen, wie auf den Privatwerften; diese haben doch dieselben Interessen auf der Staatswerft wie auf einer anderen Werft! In den fastlichen Februar-Gesetzen ist doch auch kein Unterschied gemacht. Darin liegt es einfach: Es ist verständlich, daß sich die Arbeiter organisieren und ihre Lebenslage zu verbessern suchen; die Arbeiter sollen Gelegenheit haben ihre Wünsche zu äußern. Der Reichstag sollte daher ein gleiches Recht für alle Arbeiter schaffen. Der § 43 muß gestrichen werden!

Der Unterschied soll gemacht werden, weil man sich in die militärische Betriebe nicht hineinreden lassen will! Wir

aber protestieren dagegen und fordern in folgender Resolution gleiches Recht:

Die Versammlung von Arbeitern der Railedischen Werft in Wilhelmshaven nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und Beschlüssen des Reichstages über das Arbeitsvertragsgesetz. Danach muß die Ausschließung der Arbeiter der Reichsmarine aus dem Wirkungsbereich des Arbeitsvertrags als nicht gerechtfertigt anerkannt werden.

Schon seit 20 Jahren hat die Arbeiterschaft auf die Erfüllung der Forderungen, welche ohne Ausnahme dem gesamten Arbeiterstande in den Arbeitsverträgen von 1900 gegeben worden ist. Wenn nun die Regierung durch Verlegung des Arbeitsvertragsgesetzes einen Teil der Beschäftigten von 1900 zur Erfüllung bringt, so hat dieser Entwurf für die Arbeiter der Reichsmarine, welche jedoch eine große Entlohnung gebührt.

Nach der Regierungsvorlage sollen durch die Bestimmungen des § 43 die Arbeiter der Reichsmarinabetriebe anderhalb dieses Jahres gestellt werden.

Fürs wird als eine große Härte von den in Betracht kommenden Arbeitern betrachtet, umso mehr, als die Staatsverträge in dem Sinne als Gewerbetreibende anzusehen sind wie die Eisenbahnbetriebe und Werftbetriebe.

Die Versammlung erachtet deshalb die Reichsregierung und den Reichstag, noch in dieser Sitzung vorgeschlagenen Entwurfs, durch Streichung des § 43 die Arbeiter der Reichsmarinabetriebe einzubeziehen und auch diesen die Vorteile des Arbeitsvertragsgesetzes teilhaftig werden zu lassen.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Diskussion, erklärt der Versammlungsleiter, Geschäftsführer Meyer, daß die heutigen Verhandlungen eine bewegte Zeit hinter sich hätten, infolge der Maßnahmen der Werft wegen der Fließband-Häufigkeit, auf die er aber heute nicht eingehen wolle. Er möchte aber mitteilen, daß die Werftverwaltung in letzter Zeit den Versuch machte, die nationale Arbeiterbewegung zu zerschlagen, um die gewerkschaftlichen Organisationen am hiesigen Ort zu schwächen. Die Arbeiter-Unsicherheit ist durch die Maßnahmen der Werft entstanden, es besteht keine Unsicherheit mit den Organisationsleitungen. Die Arbeiter hätten alle Ursache, Vertrauen zu ihren Organisationen zu haben, durch die ihre Interessen am besten vertreten werden. Für die nationale Arbeiterbewegung sei hier kein Boden; der gesunde Sinn der Arbeiterschaft dürfe dafür! Wollte die Werftverwaltung das Vertrauen ihrer Arbeiter, dann möge sie ihre Maßnahmen dementsprechend treffen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung, die infolge der Unbestimmtheit, des schlechten Wetters und des wenig ansprechenden aber trotzdem doch so wichtigen Themas leider ungenügend besucht war.

Der Gemeinderat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, das Direktorat der hiesigen höheren Mädchenschule i. E. (in der Einrichtung) der Oberlehrerin Dr. Elia May zu Herrn Schneiderberg zu übertragen. (Siehe Bericht in der Beilage.)

Wilhelmshaven, 10. Januar.

West-Kinderschwärzungen. Für die Kinderbewahranstalt in Wilhelmshaven werden Schulpflichter nur noch mittags in der Zeit von 3—5½ Uhr, Mittwochs von 12—2½ Uhr angenommen. Annahmestunden von Kindern haben in derselben Zeit zu erfolgen. Für Bant bleiben die Annahmestunden: Donnerstag und Freitag, nachmittags von 4—7 Uhr (Eisenbahnstraße 9) unverändert bestehen.

Der städtische Dampfer hat im Winter folgende Fahrten: Abfahrt von Wilhelmshaven (Anlegestelle bei der Strandhalle): 6.30, 10.00 Uhr vormittags, 2.00, 5.05 Uhr nachmittags; Abfahrt von Emden: 8.40 vormittags, 12.10, 3.15, 6.45 Uhr nachmittags. — Fahrpreise: Einfache Fahrt von Wilhelmshaven nach Emden: 8.40 vormittags oder umgekehrt: Erwachsene 1. Platz 70 Pf., 2. Platz 50 Pf., Kinder 1. Platz 40 Pf., 2. Platz 30 Pf.

Heppens, 10. Januar.

Eine Stadtratssitzung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr im Rathsaussitzungslokal statt mit der Tagesordnung:

1. Jährliche Rechnung der Beihilfe vom 19. Dezember 1910 über Aufnahme einer Uebersicht, Verkauf eines Schulgrundstückes, Straßensanierung mit dem Waisenzentrum.
2. Änderung des Sparsassenstatuts.
3. Straßensanierung.
4. Beilegung.
5. Statut über die Berufsvormundschaft.
6. Schulsachen.
7. Wertwachssteuerfachen.
8. Verschiedenes.

Unfall. In der Nähe des Forts Heppens scheuten ein Paar junge Pferde, die vor einem mit Eisen beladenen Wagen gespannt waren, infolge des Schalles, das die Eisenklammern verursachten. Der Kutscher konnte trotz größter Anstrengung die Pferde nicht halten und sie rieten dahin. Das Gefährt fuhr gegen einen Baum, wobei das eine Pferd ein Bein brach.

Neuende, 10. Januar.

Der Neue Bürgerverein Neuende hielt am 4. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Aufgenommen wurden fünf Herren. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Vorstandsbereich vom letzten Geschäftsjahre. Er betonte, daß der Bericht diesmal sehr zufriedenstellend sein könne, denn statt daß der Verein vorwärts gegangen sei, sei er zurückgegangen. Der Vorsitzende nahm dann die wichtigsten Ereignisse im letzten Jahre durch. Beim Beginn des letzten Jahres war der Verein mitten im Wahlkampf zu den Gemeinderatswahlen, die unter der Parole: „Für Stadtbildung, Bürgerrechtssicherung und gerechtere Verteilung der Kommunalanlagen“ stattfanden. Leider hat aus dieser Gemeinderatswahl in letzterem Punkte durch die Kürzlichkeit einiger Mitglieder vollständig verfallen. Entschlossen zu werden ist es aber, daß dies als Anlaß zu einer allgemeinen Hebe gegen an diesem Beschlusse unschuldige Personen genommen wurde. Ferner beschäftigte sich der Verein auf Antrag verschiedener Mitglieder mit der Einführung der Sterbenerhebung. In fünf Versammlungen wurde die Sache beraten mit dem Resultat, daß am 1. August 1910 die Unterfertigung

eingeführt wurde. Diesen Beschluß nahmen leider einige Mitglieder, die nachweisbar dafür gestimmt hatten, zum Anlaß, gegen den Verein zu agitieren und aus demselben auszutreten. Die Folge der Emigration war, daß dem Verein 58 Mitglieder aus der Kolonie Eberhardshagen verloren gingen, nur weil sie sich den Mitgliedsbeiträgen des Vereins auf obligatorische Einführung nicht fügen wollten. — Der Vorstand war von einer Versammlung beauftragt, mit dem Vorstand des alten Bürgervereins in Verbindung zu treten, um Verhandlungen zwecks Verschmelzung der beiden Vereine herbeizuführen. Der Vorstand ist diesem Auftrage nachgegangen; das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die beiden Vorstände sich auf eine Resolution einigten, welche besagt, daß die beiden Vorstände die Verschmelzung für notwendig halten, im Interesse einer einheitlichen Kommunalpolitik und dem beiderseitigen Generalversammlungen zur Beschlußfassung zu unterbreiten, an welcher es nun liegt, die Sache zu einem gezielten Ende zu führen. In der Diskussion wurde von einem Mitglied der Vorstandsbereiche in einigen Teilen ergänzt. — Hierauf wurde der Jahresbericht gegeben: Uebersicht vom Sommerfest: Einnahmen 51,30 Mk., Ausgaben 246,51 Mk., Defizit, das von der Kasse getragen wird 195,21 Mk. Vereinsrechnung: Einnahmen 352,76 Mk., Ausgaben 248,42 Mk., Kassenbestand 104,34 Mk. Abrechnung von der Unterhaltungsstelle: Einnahmen 263,25 Mk., Ausgaben 223,47 Mk., Kassenbestand 39,78 Mk. Bibliotheksstelle: Einnahmen 148,60 Mk., Ausgaben 50 Mk., Bestand 98,60 Mk. Die Abrechnungen waren revidiert und für richtig befunden, worauf der Kassierer Entlassung erteilt wurde. Es wurde beschlossen, daß der Kassierer sämtliche Gelder beim Bankier Konsum- und Sparverein zu deponieren hat. — Von einem Gemeinderatsmitglied wurde sodann der Bericht von der letzten Gemeinderatsitzung gegeben. In der Diskussion wurde gewünscht, die Gemeinderatsmitglieder möchten dahin wirken, daß in der Gemeinde Neuende die Straßensanierung durchgeführt werden, die Straßen zu reinigen, auch solche die Einführung eines solchen Statuts auf Schwierigkeiten, da bei verschiedenen Straßen die eine Seite nach Bant bezogen noch Heppens gehört. Auch das sei ein Grund mehr für die Stadtbildung, denn eine Stadt ohne mehr für Straßenreinigung tun, als eine kleine Gemeinde. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender der Wohlfahrt, 2. Vorsitzender der Wohlfahrt, Schriftführer Schwenker, Kassierer Memmers, Beisitzer Repinski. Als Revisoren wurden die Herren W. Janßen und O. Lange, als Beisitzer für Eberhardshagen J. J. für Neugroden Ahmels und für Neuende Dicks gewählt. — Unter Verschiedenem wurde ein Bericht der Kollationskommission gegeben. Ferner wurde ein Antrag angenommen, in den nächsten Versammlungen Vorträge halten zu lassen, speziell über Ausbau des Schulwesens in Kollationen. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß wenn im Mai die Stadtbildung fertig wird, die Bürgervereine über die Sache orientiert sein müssen, damit sie ihren Vertretern Direktiven mit auf den Weg geben können. — Dann wurde der Antrag nebst Begründung verlesen, die der Generalversammlung des alten Bürgervereins zur Beratung und Beschlußfassung, betr. Verschmelzung, unterbreitet werden soll. Der Antrag geht dahin, daß beide Generalversammlungen beschließen, beide Vereine aufzulösen und einen Bürgerverein zu bilden, der verpflichtet ist, das bereits von neuen Bürgervereinen anerkannte Kommunalprogramm anzuerkennen und seine Kommunalverträge verpflichten, nach den darin enthaltenen Grundgesetzen in der Kommune zu handeln und zu stimmen. Mit einer kleinen Änderung wurde diesem Antrage zugestimmt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 10. Januar.

Eine nationalliberale Kundgebung. Nicht in der Hauptstadt Oldenburg, wo denn doch schließlich das meiste politische Leben ist, sondern ausgerechnet in Warburg hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Söber, der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins in Oldenburg, eine Kundgebung veranstaltet, die als Einleitung zur Reichstagswahlkampagne betrachtet werden kann. Die Versammlung war der Größe des Ortes entsprechend denn auch imposant genug; es waren 50 Personen anwesend. Seine Rede war für einen Provinzialer eine schöne Leistung, den Zuhörern die Charnaleonhant des Nationalliberalismus in seiner Farbenpracht schillernd zu lassen. Aber ob er damit die Wahl erreicht hat, die in Warburg stehenden Mitglieder und Wortführer des Bundes der Landwirte für die nationalliberale Partei zu gewinnen und eine Kandidatur aus deren Kreisen zu verhindern, steht dahin. Die bekannten agrarischen Wortführer Söber und Böhmert beteiligten sich an der Debatte. Herr Söber sprach aus, daß es die Pflicht des Bundes der Landwirte sei, eine eigene Kandidatur im 1. Oldenburger Wahlkreise aufzustellen, wenn der nationalliberale Kandidat nicht die nötigen Garantien bietet betreffs der agrarischen Fragen. Es würde sich dann zeigen, woher bei den letzten Wahlen die meisten nationalliberalen Stimmen gekommen seien. Reichlich sprach auch Herr Böhmert. Einen nationalliberalen Kandidaten, der die Richtlinien des Bundes verfolgte, würden die Anhänger des Bundes der Landwirte kalten Blutes in der Stichwahl durchkämpfen lassen. Herr Dr. Söber spielte für die nationalliberale Partei noch etwas die spröde Dame und meinte, bei der Erbitterung der städtischen Bevölkerung würde der nationalliberale Parteikandidat einfach deren Stimmen verlieren, wenn er sich agrarisch betätigte; aber die Verschlingung mit den Agrariern, über die Herr Söber schon seit einem Jahre debatierte, wird sich schon finden. Sollte Herr Dr. Söber nationalliberaler Kandidat werden, so könnten allerdings die Agrarier mit dem gemäßigten Schutzpöbel einverstanden sein. Der Wahlkreis jedoch wird nach der Warburger Rede schon bewahrt bleiben, ihn als Vertreter zu bekommen.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Beim Monatsfest im während der Schulpause wurde in Warburg am 9. Januar ein 13jähriger Schüler von der Kunst an dem Kopf getroffen und ihm die Oberlippe gespalten und sämtliche Zähne gelodert. — Der Sohn des Zimmermeisters Herdes in St. Peter bei Buxtehude stürzte beim Spielen vom Heuboden und zog sich einen doppelten Beinbruch sowie schwere Verletzungen am Kopf zu. — Einen Schlaganfall erlitt während des Spazierganges in Oldenburg der 66jährige Justizrat Herms. Der 74jährige Mann war sofort eine Leiche.

Aus aller Welt.

Wiesbacher Mord. In Jbarag an der russisch-schlesischen Grenze drangen vorgestern vier bewaffnete Banditen in die Wohnung des Großhändlers Wasmowitsch, erschossen ihn, seine Frau und die beiden Töchter und raubten das ganze Haus aus. Auf der Flucht wurden sie ergriffen und verhaftet.

Erdbeben in Turestan. Am Montag vormittag um 9 Uhr wurde in Werni ein starkes, 15 Sekunden andauernde wellenförmige Erdbeben erschüttert.

In den letzten Tagen in Kopal schwache Erdstöße, am Montag vormittag 9 Uhr ein stärkerer Erdstoß verpöht.

Kleine Tageschronik. Rieberbrand ist in Elmshorn die Malzfabrik der Gebrüder Kammeln. Der Schaden beläuft sich auf 80 bis 100 000 Mark. — Der Landwirt Schöndel in Haken erhielt während eines Sturms seine Frau und erkrankte sich dann selbst. — Das Glatt, das Montag früh in Berlin eintraf, hat sich in hundert Unfälle verurteilt. — Das erkrankte Kind eines deutsch-russischen Ehepaars ist in Berlin an den schweren Pocken gestorben. — Auf dem Hofe des Rudowgasthofs bei Reichenheim fand beim Schlüsselauslösen drei Minuten eingekerkert, von denen nur einer sich retten konnte. — Das große Holzgerüst der Firma Balle in Holzminnen ist in der Nacht zum Sonnabend vollständig niedergefallen. Der Schaden ist beträchtlich. — Im Dortmund stürzte beim Hochwinden eines Dachbinder ein Arbeiter aus beträchtlicher Höhe ab und brach das Genick. — Die 74jährige Witwe Gohbert in Landsberg a. d. Warthe verbrannte infolge der Explosion einer Petroleumlampe im Bett. — Der russische Dampfer „Kosijok“ ist außerhalb Riga gestrandet. Die Besatzung ist gerettet. Ein Bergungsdampfer ist abgegangen. — In Rom ist ein fränkisches junges Mädchen aus Berlin aus dem Fenster und wurde zu Tode verlegt ausgehoben.

Eingefandt.

Einen gemeingefährlichen Hund

besitzt ein auf der Schleuseninsel wohnender Moskinit. Das blasse Tier, das hier herumläuft, gefährdet Passanten, besonders solche, die im Arbeitsgang die Schleusen passieren. Einen Rauswurf kennt der Behälter des großen Adlers natürlich auch nicht. Wo ist die Polizei?

Ein Passant.

Neueste Nachrichten.

Eröffnung des preussischen Landtages.

Berlin, 10. Januar. Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg eröffnete heute mittag den preussischen Landtag. Die von ihm vorlesene Thronrede konstatierte die fortwährende Besserung der Staatsfinanzen. Der Fehlbetrag von 1909 sei weit geringer als veranschlagt worden war, trotzdem weist auch der Voranschlag für 1911 noch einen Fehlbetrag auf. Die Thronrede kündigt einen Gesetzentwurf an über die Bildung von Zweckverbänden zur Erfüllung großer kommunaler Aufgaben in einheitlichen Verwaltungsbereichen, die Schaffung eines Verbandes Großkreises für das Bahn- und Bauwesen und zur Erhaltung eines Wald- und Wiesengürtels auf der Grundlage der freien Selbstverwaltung. Ferner werden Vorlagen angekündigt zur Vereinfachung der Rechnungsprüfung durch die Oberrechnungskammer, zur Förderung der inneren Kolonisation, zur Erschließung noch unkolonierter Moore und sonstiger Oedländer, zur planmäßigen Ausgestaltung der Jugendpflege und Erhaltung der körperlichen Kräfte, zur Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die Jugend in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern. Ferner sollen wieder vorgelegt werden die unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe über die rheinische Gemeindeordnung und über die ländliche Fortbildungsschulpflicht in Brandenburg, Pommern, Sachsen, Westfalen, die Rheinprovinz und Hohenzollern, wozu noch Schleswig-Holstein tritt.

Berlin, 10. Januar. Professor Ostwald, der berühmte Chemiker und Träger des Nobelpreises, übernahm den Vorsitz des deutschen Monatsbundes.

London, 10. Januar. Hier und in der Umgebung beschlossen die Schulkinder, wegen mangelnder Heizung der Schulkäume zu streiken. Es heißt, daß an dem Streik, der heute beginnen soll, 11 000 Schüler und Schülerinnen sich beteiligen.

Lissabon, 10. Januar. Die Depeschenzentrale ist noch einer an die auswärtigen Vertreter Portugals ergangene Mitteilung aufgehoben worden.

Washington, 10. Januar. Dem Senat ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Subventionen für die Schifffahrt mit Südamerika betrifft. Für den Postdienst soll ein Zuschuß bis zu vier Millionen Dollar gewährt werden. Die Subventionierung richtet sich gegen die Konkurrenz der europäischen Schifffahrtlinien.

Briefkasten.

X. Artikel über Arbeiter in Schiffbau mühte wegen Platzmangel noch einmal zurückgestellt werden.

Verantwortl. Redakteur: O. Jacob in Bonn. Verlag von Paul Zug in Bant. Retentionspreis von Paul Zug & Co. in Bant.

Hierzu eine Beilage.



Zur Maskeraden-Saison

empfehlen wir den titl. Vereinen, den Herren Saalbesitzern etc. unsere mit dem neuesten Material ausgestattete Buchdruckerei zur Anfertigung aller Karnevals-Drucksachen, wie Plakate, Programme, Festzeitungen, Eintrittskarten, Festlieder etc. Preise mässig, Lieferung prompt. . . Muster stehen gern zur Verfügung.

Paul Hug & Co.

Bant, Peterstr. . . Filiale: Heppens, Ulmenstr.

Schste Vorstellung des städtischen Theaterzyklus
in der Burg Hohenzollern
am Freitag den 13. Januar 1911, abends 8 Uhr.
Ende nach 11 Uhr abends.

Bremer Stadttheater.
Novität! Novität!
Der Arzt am Scheideweg.
Komödie in 5 Akten von Bernard Shaw.

Conndreicher Hof.

Mittwoch den 11. Januar:
Grosse öffentl. Tanzmusik
Eintritt frei. — Anfang 8 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Woldmann.

Concordia, Neue Straße 2.
Heute Mittwoch
und jeden weiteren Mittwoch:

Öffentlicher Tanz
Eintritt frei. Anfang 7 1/2 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Titus v. Hove.

Banter Volksküche.
Müllmstraße.
Mittwoch: Weiße Bohnen mit Rindfl.



Durch hervorragend guten Anfall
meiner Mehlmischungen konnte die
Schmackhaftigkeit des Brotes noch
„bedeutend verbessern“
Probieren Sie bitte!

:: Brake. ::
Soziald. Wahlverein
Donnerstag den 12. Jan.,
abends 8 Uhr:

General-Versammlung
beim Wirt D. Decker.
Genossen, Genossen! Inan-
tracht der reichhaltigen Tagesordnung
pünktliches und zahlreiches Erscheinen
erwünscht.
Der Vorstand.

Wilhelmtheater
Dienstag den 10. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:
Zum zweiten Male
Der ledige Gatte.
Neuester Operettenklager.

Einswarden.
Gasthof zum goldenen Löwen.
Sonntag den 15. d. Mo.:
Grosser Ball
Wozu freundl. einladet
Adolf Bultmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Bant-Wilhelmsbaven.

Mittwoch den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei W. Gatteland, Grenzstraße 38.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist
wegen reichhaltiger Tagesordnung notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Burg Hohenzollern.

Mittwoch den 11. Januar 1911
— abends 8 Uhr: —

KONZERT

von
Else Raabe Violine
Franziska Raabe Gesang
Erna Raabe Klavier

Vorverkauf bei Herren Gebr. Ladewigs, Roonstrasse.

— Preise der Plätze: —

Im Vorverkauf:		An der Abendkasse:	
Num. Platz	1.50 M	Num. Platz	2.00 M
Saal unten	0.75 M	Saal unten	1.00 M
Gallerie	0.50 M	Gallerie	0.60 M

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Einwohnern von Bant und Umgegend, allen Freunden
und Bekannten teile hierdurch mit, daß ich mit dem heutigen Tage im
Zähnenhose zu Bant, Lange Straße, ein

Barbier- und Friseurgeschäft
eröffnet habe. Rasieren 10 Pf., Haarschneiden 25 Pf. Um gütigen
Zuspruch bitte
G. Anton, friseur.

Theater im Odeon

Gastspiel des Wilhelmtheaters.

Mittwoch den 11. Januar, abends 8.30 Uhr
mit prächtiger Ausstattung:

Die Geisha

(eine japanische Teehausgeschichte), Operette.
Vorverkauf bei Herrn Buchbinder Eden, im Odeon und
in der Zigarrenhandlung Junge.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Mähringer-Wilhelmsbaven.

Mittwoch den 11. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmännerversitzung

in Zedelwaffers Tivoli.
Da einige wichtige Punkte der am
Sonntagabend stattfindenden General-
versammlung vorberaten werden
sollen, bitten wir um Teilnahme
sämtlicher Vertrauensleute.

Die Ortsverwaltung.

Bürgerverein Neubremen.
Freitag den 13. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Gatteland, Grenzstr. 38.
Tagesordnung:
1. Hebung der Beiträge und Auf-
nahme neuer Mitglieder.
2. Jahres-Abrechnung.
3. Vorstandswahl.
4. Kommunales.

Wichtiges Erscheinen der Mit-
glieder erwünscht.
Der Vorstand.

Vereinigung zur
Unterstützung b. Sterbefällen
— Bant. —

Sonntag den 15. Januar,
nachm. 2 Uhr:

Hebung der Beiträge

und Aufnahme neuer Mitglieder
im Rathaus-Restaurant zu Bant.
Nachm. 3 Uhr daj:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.
Besprechung über Erhöhung des
Sterbegeldes.

Vollzähliges Erscheinen der Mit-
glieder erforderlich.
Der Vorstand.

Verein Züchter edler Kanarien.
Ergebnis der Verlosung.
Gewinne Nr.

116 129 128 133 188 168 162
177 71 21 22 73 91 64 69 53
Die Gewinne sind beim Kassierer
Lunen, Grenzstraße 83, in Em-
pfang zu nehmen.

Zugelauf. ein Hund.

Bant, Dornstraße 2, 1. Et.

Höhere Mädchenschule i. E. in Bant.
Oberlehrerin Dr. May als Leiterin.

Der Gemeinderat von Bant war gestern Abend zu einer außerordentlichen Sitzung berufen worden, um Beschluß über die Anstellung einer Leiterin der Höheren Mädchenschule nebst Vorleser zu fassen. Gemeinde-Vorsteher Wesseler wurde mit, daß die Stelle ausgeschrieben worden. Es hätten sich vier Herren und eine Dame gemeldet. Die Schulkommission habe einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die von Herrn Grande übernommene Schule ist in den nächsten Jahren zu einer vollständigen zehnklassigen Höheren Mädchenschule auszubauen.

2. Fraulein Dr. Elsa May wird als Leiterin vorgeschlagen mit dem Titel „Direktorin“.

3. Derselben wird in den Sitzungen des Vorstandes der Höheren Mädchenschule die gleiche Stellung gewährt, wie sie der Rektor der Höheren Knabenschule in deren Vorstand hat, d. h. beschließende Stimme.

4. Als Anfangsgehalt werden 3800 Mk. festgesetzt. Das Gehalt soll nach zwei Jahren um 300 Mk. steigen, nach weiteren zwei Jahren um den gleichen Betrag und so fort, falls nicht inzwischen durch Festsetzung eines allgemeinen Gehaltsregulatives für ähnliche Gemeindeanstellen anderweitige Steigerungen erfolgen. Das Endegehalt wird nach festgelegt. Der Zulagenjah von 300 Mk. soll nicht als bindend angesehen werden.

5. Die definitive Anstellung mit Pensionsberechtigung erfolgt zum 1. April 1911.

Gemeinderat und Kommissionsmitglieder traten für die Annahme der Beschlüsse ein. Die Dame sei nach Ansicht aller Mitglieder für die ausgeschriebene Stelle außerordentlich geeignet. Nach ihren Zeugnissen und nach ihrem bisherigen Wirken müsse sie in hohem Maße befähigt sein. Persönlich habe sie in der Kommission den besten Eindruck hinterlassen.

Nach unweiliger Debatte stimmte der Gemeinderat den Beschlüssen der Kommission einstimmig zu.

Frl. Dr. May wurde am 7. Mai 1881 zu Friedricksort bei Kiel geboren. Ihr Vater ist Rektor in der Kaiserlichen Marine. Sie gehört der evangelischen Kirche an, besuchte die Normalschule in Friedricksort, wurde dann, privatim unterrichtet und war von 1898 bis 1901 Schülerin des höheren Lehrerseminars in Kiel. Dort 1901 bestand Frl. Elsa May die Prüfung als Lehrerin an höheren Mädchenschulen, Ostern 1905 am Rgl. Gymnasium zu Kiel die Reifeprüfung; studierte dann zehn Semester Theologie, deutsche, romanische und englische Philologie, Philosophie und Geschichte und legte im Oktober 1906 die Oberlehrerinnenprüfung ab, im Juli 1907 in Kiel die Oberlehrerprüfung. Sie besitzt im ganzen die Lehrbefähigung in sechs für die höhere Mädchenschule und ihre Fortsetzungen wichtigsten Fächern, davon vier für die Oberstufe. Auf Grund ihrer Dissertation: „Formale Ausdrücke in Wolframs Parzival“ promovierte Frl. May magna cum laude (mit großem Lob) beizunehmenden Doktorexamen in Kiel zum Dr. phil. Frl. Dr. May absolvierte dann am Rgl. Wilhelmshafen in Berlin das Seminarjahr und erhielt, das das Vorjahr ihr erlassen wurde, das Zeugnis der Anstellungsfähigkeit. Sie blüht auf eine zehnjährige Lehrtätigkeit an drei höheren Mädchenschulen zurück und hat zur Zeit an der ersten hiesigen Höheren Mädchenschule mit Realgymnasium in Berlin-Schöneberg das Ordinariat einer ersten Klasse inne und erteilt im Nebenamt Unterricht in Vögelgöttern an dem höheren Lehrerseminar und der Frauenkurse der Realnormalschule Höheren Lehranstalten in Berlin.

Nach all dem glauben die Kommission, der Gemeinderat und der Gemeindevorstand, mit der Wahl der Oberlehrerin

Dr. May als Leiterin der hiesigen Höheren Mädchenschule einen glücklichen Griff getan zu haben.

Arbeiterbewegung.

Der diesjährige Bezirks-Turntag des 1. Bezirks im 11. Kreise des Arbeiter-Turnerbundes tagte am Sonntag in Leer im Lokale des Herrn Fischer-Wörbe. Anwesend waren 27 Delegierte und fünf Vorstandsmitglieder. Außerdem war von Groningen (Holland) ein Turngenosse delegiert, um den Anschluß der holländischen freien Gymnastikvereine an den Deutschen Arbeiter-Turnerbund zu erreichen. Dem Gesuche wurde nach Darlegung der Beweggründe stattgegeben und wurde vorläufig der freie Gymnastikverein Groningen in den ersten Bezirk aufgenommen. Der Bezirksvorstand wird in Gemeindefür der Ender Turngenossen das Weitere erledigen. — Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß der Bezirk auch im verfloffenen Jahre erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Es konnte ein Verein neugegründet werden und zwar die Freie Turnerschaft Sande mit 30 Mitgliedern. Eine weitere Neugründung steht bevor. Der Bezirk zählte am Schlusse des Geschäftsjahres 18 Vereine mit 898 Mitgliedern, 130 Jünglingen, 457 Schüler, 102 Damen und 53 Schülerinnen, insgesamt also 1640 Bezirksangehörige. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in neun Sitzungen. Ausgänge waren 185, Eingänge 210. — Der Kassenbericht ergab ein günstiges Resultat und zwar betrug die Einnahme 677,49 Mk. und die Ausgabe 361,42 Mk., jedoch ein Kassenbestand von 316,07 Mk. verblieb. Das Bezirks-Turnfest verlief sowohl in turnerischer als auch in finanzieller Beziehung sehr gut. Der Ueberfluß vom Bezirks-Turnfest betrug 220,11 Mk. — Der vom Bezirks-Turntag erhaltene Turnbericht legte Zeugnis von einer regen Tätigkeit der Mitglieder ab. Der Turnbericht war ein geregelter und zufriedenstellender mit Ausnahme der freien Turnerschaft Oldenburg, wo aber hoffentlich bald ebenfalls bessere Verhältnisse Platz greifen werden. Fünf Vereine befüßten aber einen Sommer-Turnplatz, während alle übrigen Vereine im Sommer nur auf ihre Vereins-Turnplätze angewiesen sind. Die Frei- und Ordnungsschulen, wie im allgemeinen das volkstümliche Turnen ist im vergangenen Jahre ebenfalls mehr gepflegt worden. Bezirks-Vorturnfesten fanden zwei statt mit insgesamt 99 Vorturnern. Die Einteilung des Bezirks in vier Gruppen hat sich gut bewährt. — In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurde die von dem Bezirksvorstand geleitete Arbeit allseitig anerkannt und ihm als Zeichen der Anerkennung eine entsprechende Summe als Entschädigung zugesprochen. — In diesem Jahre soll von der Abhaltung eines Bezirks-Turnfestes Abstand genommen werden und dafür ein Bezirks-Ausflug stattfinden. Das Weitere wurde dem Vorstände überlassen. — Eine größere Summe zur Anschaffung für Turnliteratur wurde ebenfalls zur Verfügung gestellt. Zum Kreis- und Bundes-Turntag soll der jeweilige Bezirksvorsitzende delegiert werden. Der Geschäftsbericht des Bezirks soll in Zukunft gedruckt herausgegeben werden. Da das Bezirksstatut nicht mehr zeitgemäß erscheint, wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, welche mit dem Bezirksvorstand das Statut einer Revision unterziehen soll. Der Entwurf muß dem nächsten Bezirksturntag vorliegen. Vom nächsten Jahre ab sollen die Bezirksturntage nur alle zwei Jahre stattfinden. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des ersten Beisitzers. Nach Festlegung des Bezugsbeitrages für das laufende Jahr erlaubte der Bezirksvorsitzende die Delegierten, nach allen Kräften die freie Turnloche fördern zu helfen. Um rege Agitation einzulassen zu können, wurde den Delegierten eine flattride Anzahl Flugblätter mitgegeben, welche sie an

allen geeigneten Orten verbreiten sollen. Mit einem dreifachen „Frei Heil“ auf den Arbeiter-Turnerbund und unter Abkündigung des Turnertedes „Die Freiheit hoch in Ehren“ wurde der in allen Teilen gut verlaufene Turntag geschlossen.

Sekales.

Wilhelmshaven, 10. Januar.

Von der Werft. Im Januar ist die Wahl der Vertreter der Mitglieder zur Betriebskassenkasse vorzunehmen. In den einzelnen Refektorien werden bereits die Vorbereitungen hierzu getroffen. Bis zum 12. Januar ist der Verwaltung mitzuteilen, wieviel Refektorienmitglieder in den einzelnen Werksstätten und Betrieben beschäftigt werden.

Torpedoboot auf der Suche nach dem Ballon Hildebrandt. Auf die Nachricht, daß der Ballon Hildebrandt bei Hagerhul im Kattegat auf See treibend gesehen worden ist, hat das Kommando der Marinestation der Ostsee eine Bitte der Angehörigen der Infanterie des Luftschiffs entworfen und zwei Torpedoboots beauftragt, drei Tage hindurch das südliche Kattegat abzufahren.

Die sechste Vorstellung des städtischen Theaterzyklus in der Burg Hohenzollern wird am Freitag Abend um 8 Uhr beginnend vor sich gehen. Zur Aufführung kommt durch Mitglieder des Bremer Stadttheaters die fünfstündige Komödie Bernhard Scham: „Der Arzt am Schieberwege.“ Billets zu den bekannten ermäßigten Preisen sind wieder in der Exp. d. Bl. zu haben.

Wilhelmshafen. Uns wird aus dem Theaterbureau geschrieben: Der „Sommerachtsraum“, Shakespeares herrlicher Märchenzauber, wird nach wochenlangem sorgfältigster Einstudierung demnächst über die Bretter unseres Wilhelmshafens hulaufen. — Shakespeares war einer der bedeutendsten Menschenkenner, die es gegeben hat. Shakespeare hält den Menschen den Spiegel vor: bald entfernt, bald baut er ihn ihnen auf die Knie, wie im „Hamlet“, bald zieht er ihn nedlich hin und her, wie im „Sommerachtsraum“. Dieses Stück schrieb Shakespeare in einer tollen lustigen Laune, als in seinem Kreise Leute vor Liebe ruppelig wurden. Sechs Liebespaare hat das Stück, die alle vor Liebe toll sind! Und der Spiegel zeigt, daß die Menschen in ihrer Liebe unbedenkbar sind, unerschrocken, und daß die Weibchen nicht darin zurückstehen, belagt Titania mit ihrem Ziel! — Zu diesem tollen Spul, zu dieser ungemein wohlthuenden, witzprühenden Unterhaltung hat Mendelsohn eine entzückende Musik geschrieben, die den Märchenzauber des Stückes hält. — Solche Theaterabende bedeuten Kindheitsstunden, ich denke an einen Abend bei Reinhardt, wo man das Lachen vergißt! — Auch nach Reinhardtigem Vorbild wird der „Sommerachtsraum“ hier in Szene gehen, und trotz der sich bietenden Hindernisse eine, des großen Dichters würdige Aufführung erleben.

Heppens, 10. Januar.

Der Bürgerverein Heppens hielt am Sonnabend seine Generalversammlung im Vereinslokale Stadt Heppens ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurden fünf Herren in den Verein aufgenommen. Die Jahresabrechnung wurde vom Kassierer dargelegt. Dem Kassierer wurde für seine mühevollen Tätigkeit sowie tadelloser Arbeit der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Der Bürgerverein zählte am Schlusse des Jahres 518, die Sterbunterstützungskasse 647 Mitglieder; unter letzteren befinden sich 66 Witwen. Sterbefälle waren im verfloffenen Jahre 36 zu verzeichnen, darunter 10 Mitglieder, 5 Frauen und 25 Kinder derselben. An bare Unterstützung wurden 2480 Mk. gewährt. — Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, ebenso als Vereinsboie Herr Köhde. Auch

Aus dem Mafrosenleben.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(4. Fortsetzung.)

In derselben Zeit übrigens, in der Jean draußen zu einer Entschluß gekommen war, hatte sich auch in der Stube seiner Kammer geändert. Die beiden Polizeidiener, welche Mrs. Mac Carther ebenso gut kannte als ihr Mann, und deshalb das Vorzeichen mit dem klirrenden Glas gab, waren, als sie sahen, daß sie nichts Besonderes hören und erfahren konnten, weiter gegangen. Dafür aber kam ein neuer Besuch, und zwar der Steward vom Bellin, der früher mit dem Engländer auf ein und demselben Schiff gefahren war und heute Abend noch einmal in die Stadt gemußt hatte, mehrere Vergessene an Gemüße und Früchten für das morgen früh in See gehende Schiff einzukaufen. Er wußte wo die Leute vom Boreas heute zusammentrafen, und schien sie dort aufgeführt zu haben. Als Jean hereintrat, waren sie im eifrigsten Gespräch. — „Und ich sage euch“, behauptete der Steward auf einen der Orgelneimere Blicke, „daß ich heute morgen mit meinen eigenen Ohren und aus dem eigenen Munde eures Kapitans gehört habe, wie er morgen früh um sechs Uhr mit dem kleinen Dampf-Schiff The Brothers in die Bai hinauslegen will. — Das selbe Boot soll ihm auch dann am Montag morgen die noch fehlenden Pferde hinausbringen, und dann geht er wahrhaftig noch den Montag mittags in See. Vier Kapitän war heute zweimal bei uns an Bord — das erste Mal tat er furchtbar dill, das zweite Mal schien er sich aber doch besser befinden zu haben und will euch vor allen Dingen in Sicherheit bringen. Ihr seht also, daß Ihr keine Zeit zu verlieren habt.“

„Serschlängen und Schildkröten!“ brummte der eine

Engländer — „das wäre ein verdammt Streich. Deshalb wollte uns also der alte laiaue Judo erst morgen das Geld geben. Nachher hatte er uns alle sicher an Bord und setzte uns am Ende noch ein paar von den Polizeidienern obendrauf.“

„Und Ihr wißt uns einen Plak, Mac Carther,“ sagte der eine von den Franzosen, „wo Ihr uns sicher unterbringen könnt? — Wahrscheinlich, ich komme heute Abend mit Sad und Pad an Land.“

Mac Carther ging fort, als ob er die Frage nicht gehört hätte, seine Frau aber, die indessen zum Tisch getreten war, sagte mit halb unterdrückter Stimme auf Französisch: „Paßt ihn gehen — er darf sich mit den Weichichten nicht befassen; denn kommt so etwas vor Gericht, so muß er am Ende schwören, und wenn er nichts davon weiß, kann er das auch mit gutem Gewissen. Ich werde aber schon dafür sorgen. Bringt nur heute Abend spät Eure Kleidungsstücke her — die Hinterzettel kennt Ihr ja, wenn die vordere Tür geschlossen sein sollte, und mit Tagesanbruch schaff ich Euch aus der Stadt. Es ist ein Arbeiter von meinem Schwager über der Bai drüben gerade hier, und mit dem könnt Ihr Holz schlagen oder Segel machen, zu was Ihr Lust habt, bis das Schiff fort ist.“

„Was zum Teufel ist das für ein Gewäsch!“ brummte Bill. — „Weißt Englisch, daß ein anderer auch ein Wort verstehen kann.“

Seid ruhig, Jean wird es Euch überlegen,“ flüsterte Mrs. Mac Carther, „es sind hier noch andere Ohren, die gerade nicht zu wissen brauchen, aber was wir gesprochen haben.“ Damit wandte sie sich zum Tisch ab und trat hinter deren Schenkland zurück. Die Leute vom Boreas flüsterten aber noch eine Weile mit einander und verließen dann die Schenke. Jean selbst hatte mit Polly keine weitere Abrede nehmen können.

4.

Die Flucht von Bord.

Der Boreas, ein volles Schiff, lag dicht am Patent Slip — eine Art Dock, wo hinauf die Schiffe durch eine Maschinerie gezogen werden, bis sie vollkommener trocken zu liegen kommen und bis zum Kiel hinunter nachgeschoben und ausgebeßert werden können. Nach dem Herunterlassen hatte der Boreas dicht daneben angeliegt, seine Ladung nachgesehen, Ballast, Wasser, Mais, Heu und Pferde eingenommen und lag nun dicht an dem angebauten West vor einem Anker, der nach der Bai zu ausgeworfen war. Zwei starke Tauen hielten noch außerdem das Schiff am Land befestigt, und man stieg an der Fallreppstreppe gleich auf das Deck hinunter.

Die Mannschaft des Boreas kam in einzelnen Gruppen, zu Zweien und Dreien, an Bord zurück. Der Zimmermann, ein Engländer, hatte die Waage, als sie kamen, und die Leute gingen rasch in das Vorratsloft hinunter, um diese Zeit zu benutzen und ihre Sachen zusammenzupacken.

Den Zimmermann und Maie durften sie natürlich nichts merken lassen; der Maie schlief aber gewöhnlich in diese Zeit schon. Einer von ihnen blieb bei dem Zimmermann an Deck, um, wenn irgend einer der Offiziere Miene machen sollte, zu ihnen hinunter zu steigen, das verarbeitete Zeichen zu geben, d. h. irgend etwas Schweres auf Deck fallen zu lassen. Es konnte das ohne Aufsehen geschehen.

Jean war an Deck und schlenderte mit dem Zimmermann langsam den Gangweg auf und nieder. — Er erzählte ihm Geschichten aus der Provence, um ihn beschäftigt zu halten, und es gelang ihm auch so weit, daß er seinen Kameraden vollständig Zeit verschaffte, sich zu rüsten. Die einzige Schwierigkeit war jetzt, ihre Sachen an Deck zu bringen und von hier damit an Land zu kommen, ohne

wurde das Vereinslokal beibehalten. — Unter kommunale Angelegenheiten entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Schulfrage. Es handelte sich um den Punkt Mittelschule oder Volksschule. Es wurde der Vorschlag, den Herr Kreisinspektors Staudenberger leitet im Winter Ratshaus gehalten hat, zu Grunde gelegt und von einigen Ratsmitgliedern angenommen, daß Herr St. warm für den Ausbau der Volksschulen eingetreten sei. Besonders wurde betont, daß eine Mittelschule nicht rentabel sei, sondern Zuschüsse erfordert. Im allgemeinen wurde hervorgehoben, daß die Schule nur eine Zankschule werden würde, indem einige besser situierte Eltern ihre Kinder dahinziehen würden, damit sie mit Arbeitelkindern nicht in Berührung kommen. — Von einem Schulvorstandesmitglied wurde demgegenüber angeführt, daß der Bau einer Mittelschule nicht zu umgehen sei. Hierauf wurde erwidert, wenn es nicht anders gehe, so müßte aber darauf Bedacht genommen werden, daß von denjenigen Gemeindegliedern, welche sie in Anspruch nehmen, auch die Kosten getragen. Der Kernpunkt der Debatte war, man möge dahin streben, die Volksschule zu erweitern. — Eine lebhafteste Debatte leitete dann ein über die bevorstehende Wohnungsnot. Es fiel hauptsächlich, wie rigoros die Hausbesitzer vorgehen. Eine gerechte Mietssteigerung sei am Platz gewesen, wo neue Anlagen gemacht worden seien (Kanalisation, Spüllosetts etc.), aber jetzt sei es so weit gekommen, daß eine Familie mit 2-3 Kindern keine Wohnung mehr bekommen könne. Mietssteigerungen bis zu 10 Mark und noch mehr seien keine Seltenheit. Die Gemeindefürsorge habe anerkennenswerter Weise den Bauverein Selbsthilfe unterstützt; nichts derausartiges sei aber in Hespens zu verzeichnen, wo das Bauen geradezu erschwert werde durch die Zonenanordnung, die der Stadtrat beschlossen habe. Vor 4-5 Monaten sei schon die Mietsere zur Sprache gebracht, auch die Tagespresse habe einen Artikel hierüber gebracht, jedoch hat sich bis heute nichts gerührt. Den anwendenden Stadtratsmitgliedern wurde ziemlich scharf zugelegt und ihnen nahe gelegt, ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete zu entfalten. Beschlüsse wurden, gemeinsam mit dem Bürgerverein Hespens (welch. Teil) eine öffentliche Bürgerversammlung einzuberufen, um Stellung zu nehmen gegen die herrschende Wohnungsnot. — Ueber den Durchbruch der Umlenktstraße herrschte bei den Bürgern eine Unsicherheit darüber, wer die Kosten bezahlt. Es wurde Aufklärung gegeben. Auch wurde die Gründung eines Invalidenheims als eine Notwendigkeit betrachtet und betont, daß die Errichtung eines solchen nicht auf die lange Bank geschoben werden möge. Nachdem einige weniger wichtige Sachen besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem Lande.

Sande, 10. Januar.

Der Distriktsklub für Sande und Umgegend hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung ab. Es wurde beschlossen, unter Mitwirkung der hiesigen Brudervereine am 19. März eine Wägenfahrt zu veranstalten. Es wird erwartet, daß die nächste Versammlung besser besucht wird und auch die Frauen erscheinen.

Schortens, 10. Januar.

Der Bürgerverein Schortens hielt am Sonntagabend im Dittlinger Hof seine Generalversammlung ab, die von circa 50 Mitgliedern besucht war. Aufgenommen wurden auch Herren. Hierauf wurde die Abrechnung vom letzten halben Jahre vom Kassierer gegeben. Eine Einnahme von 244,74 Mk. stand eine Ausgabe von 194,90 Mk. gegenüber, jedoch ein Kassenbestand von 49,84 Mk. verbleibt. Die Einnahme hatte eine Einnahme von 302,80 Mk. und eine Ausgabe von 306 Mk., also ein Defizit von 3,20 Mk. Auf der Bank belegt sind 645,60 Mk. — In den Vorständen wurden wieder resp. neu gewählt: D. Frenzel als erster, G. Klein als zweiter Vorsitzender, J. Heid als Kassierer, B. Bentlage als erster, H. Wrensen als zweiter Schriftführer. — Hierauf wurde von einem Gemeinderatsmitglied aus der letzten Gemeinderatsitzung berichtet. Als Bauhaupträsidenten sei Herr Wrensen aus Borkel gewählt. Vom Staat seien 10240 Mk. als Beihilfe zu den Schulen gewährt

daß Darm geschlagen wurde. In dem Falle beklagten sie sich nämlich in einer höchst fatalen Lage, da nur ein ganz kleiner langer Weg vom West, an dem sie lagen, nach Süßelreut hinausführe und eine Masse von Constablern in der Gegend fortwährend auf- und abgingen. Der geringste Darm konnte einen davon an den Eingang der Straße führen, und dann hätte er, wenn er wollte, zwanzig andere mit Stühlschnelle zu seiner Hilfe herbeigezogen.

Am besten wäre es gegangen, wenn sie eins der an den Wägen befestigten Boote geborgt hätten und damit an das gegenüberliegende Ufer der Bal gefahren wären. Auf jeden Fall konnten sie solcher Art ihrer Sachen am leichtesten in Sicherheit bringen. Dort drüben standen auch noch keine, oder nur wenige Häuser, keinesfalls waren Polizeibehörden dort. Sie selber brachten nur die Georgerreut hinausgehen, wo sie die dort einlaufende Bal umgangen hätten, und konnten dann ihr ganzes Gepäck leicht und ohne Verdacht zu erregen quer über Georgerreut in das Wirtshaus zum goldenen Kreuz schaffen.

Es war noch nicht zwölf, als der zweite Rat von Land an Deck kam und nach vorn ging. Jean stand mit dem Zimmermann gerade an der Rampe, und als er die dunkle Gestalt auf sich zukommen sah, ließ er mit dem Fuß an eine dort zufällig liegende Handpfafe, nahm sie auf und warf sie so hoch, daß sie mit lautem Gepolter auf Deck niederfiel.

„Gott verdamme das verdammte Holz!“ fluchte er dabei und hielt sich den Fuß — „Ist man sich auf dem lakematischen Deck auch noch die Gliedmaßen zu schanden?“ „Was für ein Heidenlärm ist denn das da drüben?“ rief der Rat ärgerlich und kam herüber nach Bordbord. — „Wer ist da?“ Jean, kommt Ihr eben erst von Land?“ „Rein, ich bin schon fast eine Stunde mit dem Zimmermann hier auf- und abgegangen.“ „Chips!“ sagte der Mate und zog den Zimmermann

worden. Von Kindern, die anderen Gemeinden angehören und hier die Schulen besuchen, soll in Zukunft Schulgeld erhoben werden. Als Amtsratsmitglieder wurden die Herren Ehr. Jahn, Joh. Olmanns und H. Plogge, als deren Stellvertreter die Herren Wilmis, Fricke und A. Kalltebe gewählt. Vom 1. Januar ab werden die Invalidenquittungen von der Gemeinde ausgestellt; bisher hatte bekanntlich das Amt diese Arbeit zu erledigen. Für die Mehrarbeit habe der Gemeinderat 100 Mk. jährlich bewilligt. Weil auf dem Weg Kalkhaufen-Midelsbühl nicht Schlacken, wie mit dem Fuhrunternehmer vereinbart, sondern Steinbrocken aufgefunden wurden, wurde vom Gemeinderat hierfür die Bezahlung verweigert. Infolgedessen soll ein anderer Unternehmer beauftragt werden, Schlacken auf diesen Weg zu fahren. Vom Berichtsfatter wurde getadelt, daß der Bauplan der Kalkhauser Schule vom Oberhollsteiner nicht genehmigt worden ist, um die paar hundert Mark zu sparen. Was hierdurch gespart würde, falle für die Steuerzahler garnicht ins Gewicht. Es sei in gesundheitlicher Beziehung für die Kinder von Nachteil, wenn die Klassenzimmer niedriger gebaut würden, als in dem Bauplan angegeben sei, wie es aber vom Oberhollsteiner bestritten wurde. — Sodann wurde aus der Versammlung angeregt, daß wichtige Angelegenheiten der Gemeindeglieder, z. B. das Auslegen der Steuerlisten, in der am Orte geleiteten Zeitung bekannt gemacht werden müssen. Früher hätten die Zeitungsvorleger diese Bekanntmachungen, die stets das Amt erlassen habe, gratis aufgenommen. Jetzt verlangen dieselben aber eine Gratifikation dafür, was man derselben nicht verdienen könne, da jede Arbeit bezahlt werden müsse. Aus diesem Grunde hat das Amt diese Bekanntmachungen fallen lassen. Deshalb sei der Gemeindevorstand verpflichtet, dafür zu sorgen, daß solche Angelegenheiten, die für die Gemeindeglieder von Interesse sind, auch zur Kenntnis derselben kämen. — Nachdem unter Vereinsangelegenheiten und Verschiedenem noch einige für die Allgemeinheit weniger wichtige Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bergede, 10. Januar.

Eine Sitzung des Gemeinderats findet am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr im Torbogenhause mit folgender Tagesordnung statt: 1. Gehalt des Jägerleibehers V. de Couller, Borkel, betreffend Benutzung des Biederichsweges in Wägen mit einer Leihbahn. 2. Wahl einer Grunderwerbskommission, betr. Bahnhof Borkel-Rodenkirchen. 3. Wahl einer Kommission, betr. Schulvermögen, Ausnahmendeckung mit anderen Gemeinden. 4. Gehalt des Landwirts H. G. Hellmers, Althofendernfeld, betr. Verlegung eines Wasserzuges im Schmeldeemoor. 5. Anschaffung von Rallenbüchsen. 6. Schulneubau in Althofen. 7. Ist eine Ueberhandnahme der Feldmäule zu befürchten. 8. Verschiedenes.

Oldenburg, 10. Januar.

Die Gesundheitsverhältnisse auf der Oldenburger Glasfabrik sind nach dem Bericht der Gemeindevorstandes für 1909 äußerst ungünstig gewesen. Im Aufschlagsbericht heißt es: „Die Glasfabrik des Bezirks war, wie bereits im vorjährigen Bericht erwähnt worden war, infolge des vollständigen Stochens des Ausfuhrgeschäftes gänzlich gestillt, von den vorhandenen fünf Oefen vier stillgelegt, was eine Verminderung des Arbeiterstandes um etwa 400 zur Folge hatte. Unmählich belebte sich das Geschäft wieder etwas, so daß durchschnittlich der Rückgang der Arbeiter im Laufe des Jahres nur etwa 300 betrug.“ — Nach vorliegender Berechnung der Arbeiterzahl bei fünf Oefen und Verminderung derselben bis auf einen, bezw. der Verminderung der Arbeiter um 400 können also an dem einen Ofen nur etwas mehr als 100 beschäftigt gewesen sein, und erst im Laufe des Jahres ist die Zahl wieder auf ca. 300 gestiegen; wobei aber ausdrücklich zu bemerken ist, daß die Fabrik „fast das ganze Jahr hindurch nur mit einem Ofen gearbeitet hat“. Wie stellen sich nun die Gesundheitsverhältnisse dieser Arbeiter im Laufe des Jahres? Es kamen bei der verhältnismäßig geringen Arbeiterzahl die bekannten Glasarbeiterkrankheiten in 165 Fällen vor, darunter Infektionskrankheiten allein 43, der Atmungsorgane 22, der Verdauungsorgane 32 und

etwas bei Seite — „haltet Eure Augen offen. — Im Vorraufe war eben, als ich auf Deck kam, noch Nicht — jetzt ist's aber aus. Sind die Leute schon lange an Bord?“

Die Leuten kamen vor etwa einer halben Stunde — ich denke, die sind jetzt wohl zu Roße gegangen“, sagte der Zimmermann. „Wie viel Uhr ist's?“ — es muß bald Mitternacht sein.“

„In fünf Minuten etwa ist's zwölf“, sagte der Mate — „ich will den Steward jetzt wecken, um zwei Uhr ist Ihr ihn wieder ab. Beim geringsten Verdachtigen, was Ihr seht, ruft mich. Ihr könnt zu Bett gehen, Jean“, wandte er sich dann lauter an den indessen weiter nach vorn gelangenen Matrosen — „es muß gleich 12 Uhr sein.“

„Soll ich Will ruhen?“ frag Jean, der stehen blieb — „ich glaube, Will hat die lauteste Wache.“

„Rein, ist nicht nötig“, lautete die Antwort. — „Ihr könnt alle zu Roße gehen.“

„Das ist eine schöne Geschichte“, dachte Jean, als er in das Logis hindrängte, die übrigen mit dem neuen Befehl bekannt zu machen. Vorher aber lauschte er noch eine Weile unter der Logiscap, zu sehen, ob ihm auch Niemand folge. Als er alles sicher wußte, sagte er leise:

„Hallo da — schlafet Ihr?“ — Es was stoßfester und man konnte keine Hand vor Augen sehen.

„Ist das Jean?“ frag vorsichtig eine einzelne Stimme.

„Ja“, lautete die eben so leise Antwort — „habt Ihr Alles in Ordnung?“

„Alles in Ordnung“, erwiderte Will. „Ist die Luft rein? Meine Wache muß gleich ansetzen.“

„Geht Euch keine Wache“, sagte Jean. „Die Schiffe müssen heute gerochen haben; wir brauchen die Nacht nicht zu wachen. Wahrscheinlich will der Mate mit dem Zimmermann, und vielleicht auch der Steward selber Wache gehen. Der Kapitän ist auch schon an Bord, wie mir der Zimmermann gesagt hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Rheumatismus 34. Selbst wenn man die Zahl der Arbeiter für das ganze Jahr auf 300 annehmen wollte, so wären immer noch weit über die Hälfte dieser Arbeiter erkrankt sein. Da aber, wie der Bericht sagt, fast das ganze Jahr hindurch nur an einem Ofen gearbeitet wurde, so kommt auf jeden der beschäftigt gewesenen Arbeiter mindestens ein Krankheitsfall. — Hierbei mag erwähnt werden, daß gegenwärtig der Betrieb der Glasfabrik wieder voll im Gange ist. Für die Arbeiter bestehen aber eine Reihe Mißstände, die kaum noch auf anderen Stätten anzutreffen sind. So müssen z. B. die Arbeiter sich ihr Arbeitsgerät selbst halten, die Reparaturen an diesem Gerät bezahlen, und zwar mit Preisen, daß die Glasfabrik dabei noch ein Geschäft macht. Ob die Glasfabrikverwaltung sich noch entschließen wird, aus freien Stücken die Kosten des Arbeitsgeräts zu übernehmen oder mindestens auf den Extraertrag zu verzichten, der aus den Abzügen für Reparatur ergibt wird?

Delmenhorst, 10. Januar.

Eine Sitzung des Ausschusses der höheren Schulen, des Gesamtschulrats und Stadtrats findet am Freitag den 13. d. M., abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Realschule statt. Von der umfangreichen Tagesordnung sind besonders wichtig die Stellungnahme des Gesamtschulrats zu den ausliegenden Plänen der Eisenbahnverwaltung, betr. Erweiterung des Güterbahnhofes. Tezgleichen zu dem Plänen über die Bahn Delmenhorst-Harlesied. Ferner die Weiterverfolgung des Einspruchs gegen die Pläne der Schlüterer und Holzstamper Ent- und Bewässerungsgesellschaft. — Seitens des Stadtrats die Regelung der Löhne der Arbeiter der Gasanstalt.

Nordenham, 10. Januar.

Der Verein ständiger Arbeiter für Nordenham und Umgegend, eine gelbe Gewerkschaft, der am 6. Januar im „Erbsgroßherzog“ tagte, soll außer dem Vorstand bereits einige Mitglieder haben. Da man aber mit den paar Wägen sich nicht an die Öffentlichkeit wagt, sucht man durch Einladungen Mitglieder zu werben. Man kann aber nur solche Leute gebrauchen, die weder Kridat noch Soliditätsgefühl haben. Von dieser Sorte Menschen existieren hier nur vereinzelte Exemplare und daher wird die gelbe Gewerkschaft nie lebensfähig werden. Die Arbeit der Unternehmer wird eine vergebliche sein. Nur der Kontrollist halber machen wir die Arbeiter auf die Existenz der gelben Gewerkschaft aufmerksam.

Brake, 10. Januar.

Die Generalversammlung des Soj. Wahlvereins wird am Donnerstag, abends 8 Uhr, bei D. Deder abgehalten, worauf die Genossinnen und Genossen noch besonders aufmerksam gemacht werden. Eine wichtige und reichhaltige Tagesordnung ist zu erledigen und ist daher recht pünktliches Erscheinen geboten.

Bremen, 10. Januar.

Neubau-Einführung. Am Montag nachmittag stürzte ein dem Maurermeister H. M. Rütermann gehöriger, in der Sonnenstraße gelegener Neubau ein. Der Neubau war am Sonnabend gerichtet. An dem Bau waren acht Personen beschäftigt, von denen sich fünf Personen, weil sie an den Außenwänden beschäftigt waren, rechtzeitig in Sicherheit bringen. Ein Zimmerergeklie ritt eine unbedeutende Kopf- wunde, einen Schling einen Knöchelbruch. Der Bauarbeiter Wenjken konnte nur als Leiche aufgefunden werden. Er war in den Kellerraum gefallen.

Emden, 10. Januar.

Registationsabend. Das Gewerkschaftsblatt orientaltet in diesem Monat einen Registationsabend. Derselbe findet am Montag den 23. Januar im großen Zirkuslokal statt. Als Registrator ist der Schriftsteller Erdmann Dietel-Erdmann gewonnen. Da ein sehr vorzügliches Programm aufgestellt ist, wird sich die Emder Arbeiterschaft wohl recht zahlreich einstellen, umsonst, da der Eintrittspreis recht niedrig bemessen ist. Der Betrieb der Karten erfolgt in den nächsten Tagen durch die Gewerkschaftsfunktionäre.

Aus aller Welt.

Schließliche Schuldfrage. Am Sonntag wurde die evangelische Schule in Dittersbach durch den Gemeindevorstand wegen dringlicher Einfuhrgefahr geschlossen. Vor längerer Zeit zeigte das Gebäude erhebliche Risse, die aber immer wieder notwendig verkleidet wurden. Die im Hause befindlichen Wohnungen mußten ebenfalls auf polizeiliche Anweisung schleunigst geräumt werden.

Von der gestrandeten „Frenken“. Aus Doer wird geschrieben: Die Arbeiter zur Bergung der Ladung der gestrandeten „Frenken“ bringen den hiesigen Bootslenten großen Verdienst. Eine Familie verdient 200 Taler. Unter der Ladung befindet sich Wachs in Säcken zu zwei Zentner. Für jeden Sack erhalten die Bootslente 10 Schilling.

Versammlungs-Kalender.

Rätlingen-Wilhelmsdaven.

Mittwoch den 11. Januar.

Gabeloh. Stenogr.-Verein Bant. Abends 8 1/2 Uhr bei Wwe. Kohl.

Schiffahrts-Nachrichten.

Don 9. Januar.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

Wolfs. Bremen, von Kullerten, heute in Genua angekommen. Rold. Wilen, nach Chailen, heute in Pofokam angekommen. Wold. Darnstedt, von Kaplaia, heute von Las Palmas ab. Wold. Franzen, von Kullerten, gestern in Antwerpen an. Wold. Wretswald, nach Kaplaia, gestern in Antwerpen an. Wold. Heideberg, von Kaplaia, gestern von Santos ab. Wold. Raham, von Ostiaien, heute von Imbuden abgegangen.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke

Kinder-nahrung

Kufeke

Kindermilch

Nahrung für: schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

